

Gläsernes Rathaus EXTRA

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 1, September 2026

www.tuebingen-linke.de

Kommunen in Not!

Die Stadt Tübingen befindet sich jetzt seit zwei Jahren in der Haushaltskonsolidierung. Vor allem mit dem städtischen Haushaltsplan für 2026 wurden massive Kürzungen vorgenommen, um insgesamt 22 Millionen einzusparen. Zum Beispiel bleiben städtische Personalstellen, die durch Renteneintritte oder Kündigungen frei werden, grundsätzlich ein halbes Jahr unbesetzt – zuletzt traf das unter anderem die städtische Wohnraumabteilung, in der von drei Mitarbeiter*innen eine wegfiel. In solchen Fällen können wichtige Angebote wie die Mieterberatung nur aufrechterhalten werden, wenn andere Sachen aufgeschoben werden – aber auch Wohnraumschaffung ist in Tübingen dringend nötig. Die Konsolidierung führt überall in der Stadtverwaltung zu solchen Dilemmata. Die Bearbeitung von Wohngeldanträgen und Aufenthaltserlaubnissen, die Verfolgung von Mietwucher, das alles sind Bereiche, in denen die Not von Menschen in Tübingen verschlimmert wird, wenn die Stadt nicht hinterherkommt, weil die Abteilungen unterbesetzt sind. Über 5000 Menschen in Tübingen bekommen Wohngeld, noch viel mehr könnten es bekommen, beantragen es aber nicht oder nicht wieder, weil die Antragsstellung so aufwändig ist und so schleppend geht. Weitere Einsparungen im Haushalt wurden durch Gebührenerhöhungen erreicht. So wurde Menschen, die zum Schutz vor Obdachlosigkeit untergebracht werden müssen, die Miete um fast die Hälfte erhöht, für in Containern untergebrachte Geflüchtete wird eine Miete von über 50 Euro pro Quadratmeter fällig. Die Stadt muss dringend besser gegen überbezahlte Wuchermieten vorgehen. Das kann sie unmöglich glaubhaft tun, wenn sie selbst so astronomische Summen verlangt. Gleichzeitig gibt es weiterhin Bereiche, die von Einsparungen ausgenommen sind: Die Tourismusförderung wird gerade um die Hälfte erhöht.



Tom Besenfelder
Linke-Stadtrat

Ein Tübingen, das im Zentrum für Gäste aufpoliert und in der Fläche vernachlässigt und unbezahlbar wird – dagegen werden wir uns wehren!

Land und Bund müssten den Kommunen dringend mehr Geld geben, um solche Nöte zu verhindern. Stattdessen verbietet das Land uns, Schulden aufzunehmen, um in die Infrastruktur zu investieren. Die Straßen sind in schlechtem Zustand, die Sanierungen mehrerer Kinderhäuser, der Hermann-Hepper-Halle und selbst zweier Feuerwehrhäuser mussten, obwohl dringend nötig, geschoben werden. Zwar gibt es jetzt das auf zwölf Jahre gerichtete Sondervermögen, von dem auch 100 Milliarden für Länder und Kommunen sind.

Die 50 Millionen, die daraus nach Tübingen gehen sollen, wurden auf Anweisung der Landesregierung aber schon auf die nächsten drei Jahre verteilt und werden danach aufgebraucht sein. Langfristige oder auch nur mittelfristige Entlastung ist durch das Sondervermögen also nicht in Sicht. Bund und Land müssten ihre Haushalte komplett umbauen und ihre Einnahmen erhöhen, um die Städte und Gemeinden wirklich retten zu können – denn die Gemeinden selbst kommen an die Vermögen und Einkommen der Milliardäre, Millionenerben und Spitzenverdiener in Deutschland nicht ran.

In Tübingen ist im Gegensatz zum letzten Jahr bisher immerhin kein weiterer Einbruch der städtischen Einnahmen durch die Gewerbesteuer und die Landeszuweisungen in Sicht. Wir werden uns in den kommenden Haushaltsverhandlungen für alle in Tübingen lebenden Menschen an der Seite der städtischen Beschäftigten gegen Kürzungen wehren und uns weiter für mehr Geld für die Kommunen von Bund und Land, für eine Abkehr von Kürzungsprogrammen und für Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur einsetzen.



Kommunen am Limit: Sozialstaat stärken statt bei den Schwächsten zu kürzen

Die Kommunen und Landkreise stehen finanziell massiv unter Druck. Steigende Kosten, wachsende Aufgaben und unzureichende Einnahmen führen dazu, dass wichtige soziale, kulturelle und ökologische Angebote auf dem Prüfstand stehen. Aus linker Sicht ist die Finanznot jedoch nicht in erster Linie ein Problem zu hoher Sozialausgaben, sondern Ergebnis einer ungerechten Verteilung öffentlicher Einnahmen und falscher politischer Prioritäten. Gerade im Landkreis zeigt sich, was auf dem Spiel steht. Sozialpsychiatrische Angebote, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Frauenhäuser,

Beratungsstellen sowie Kultur- und Sozialprojekte leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Städte, Gemeinden und Landkreise übernehmen rund ein Viertel der öffentlichen Aufgaben, erhalten aber nur etwa ein Sechstel des staatlichen Finanzaufkommens. Gleichzeitig übertragen Bund und Länder immer neue Aufgaben, ohne diese vollständig gegenzufinanzieren. Die Folge sind steigende Kreisumlagen, höhere kommunale Gebühren und Kürzungen bei der Daseinsvorsorge.

Die kommunale Daseinsvorsorge darf nicht als Luxus behandelt werden. Bezahlbarer Wohnraum, öffentlicher Nahverkehr, Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Unterstützung gehören zur Grundlage eines guten Lebens. Gerade bei den Wohnkosten zeigt sich, dass die Sozialausgaben häufig für strukturelle Probleme herhalten. Wenn Mieten explodieren und Menschen trotz Arbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, müssen sie Wohngeld oder Grundsicherung beantragen.

Die Linke im Kreistag setzt auf eine andere Haushaltspolitik. Für uns ist klar: Die kommunalen Haushalte dürfen nicht kaputtgespart werden. Statt „Armutsverwaltung“ und Kürzungen braucht es einen Politikwechsel – mit gerechter Steuerpolitik, verlässlicher Finanzierung der Kommunen und einer klaren Priorität für soziale Daseinsvorsorge statt weiterer Belastungen derjenigen, die ohnehin unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden. Nur so lässt sich verhindern, dass aus der kommunalen Finanzkrise eine Krise des sozialen Zusammenhalts wird.

Während bei Jugendhilfe, Kultur, Mobilität und sozialen Angeboten gespart wird, steigen die Ausgaben für militärische Aufrüstung massiv. Das Sondervermögen des Bundes bringt dem Landkreis rund 47 Millionen Euro, was grundsätzlich zu begrüßen ist.

Ein Teil soll sinnvollerweise in den sozialen Wohnungsbau fließen, wie wir es gefordert haben. Doch eine einmalige Finanzspritze löst das

grundsätzliche Finanzierungsproblem nicht. Notwendig ist ein dauerhaft besser ausgestattetes kommunales Finanzsystem. Auch bei Pflichtaufgaben wie Jugend- und Eingliederungshilfe wird über Einsparungen diskutiert. Die Linke im Kreistag lehnt diesen Kahlschlag ab. Soziale Teilhabe und Inklusion sind keine freiwilligen Extras. Kommunale Haushalte dürfen nicht auf dem Rücken derjenigen saniert werden, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Diese Politik wird langfristig höhere Kosten verursachen, wenn bewährte Angebote wegfallen und Probleme sich verschärfen.

Die Entwicklung im Landkreis steht im Zusammenhang mit den Reformplänen der Bundesregierung. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärt den Sozialstaat für nicht mehr finanzierbar. Statt die Ursachen von Armut und steigenden Sozialausgaben zu bekämpfen, stellt er Menschen, die Leistungen benötigen, als Belastung dar. Die Debatte über angeblichen Leistungsmissbrauch verschleiern, dass die Finanznot vor allem auf der Einnahmeseite gelöst werden kann.

Deutschland verliert durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung erhebliche Einnahmen. Die Linke fordert eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Kapitalerträge und eine gerechtere Erbschaftsteuer. Mit diesen Einnahmen könnten Bund und Länder den Kommunen mehr Mittel zur Verfügung stellen. Die aktuelle Politik setzt zudem die falschen Prioritäten.



Maggie Paal
Linke-Kreisrätin

Veranstaltungen

Kommunalpolitische Konferenz – KoPoKon 2026
9.–10. Oktober | Chemnitz
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Regionalkonferenz Gewerkschaftliche Erneuerung
Arbeitskämpfe in der Krise
9.–10. Oktober | Freiburg
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Rentenpolitik im Brennglas
8. Oktober | 18 Uhr
Gemeindehaus Lamm | Tübingen
ver.di

Linke kämpft gegen Wuchermieten

Während der Sommerferien war die Kronenstraße 3 in Tübingen besetzt. Ein Kollektiv aus Tübinger*innen setzte damit ein Zeichen gegen die Wohnungsnot in Tübingen. Die CDU forderte die sofortige Räumung des Hauses, entgegen dem in Tübingen üblichen deeskalierenden Vorgehen. Dazu veröffentlichte die Linke-Fraktion die folgende Pressemitteilung:



Gitta Rosenkranz
Linke-Stadträtin

Die Linke-Fraktion im Tübinger Gemeinderat zeigt sich verwundert über die Pressemitteilung der CDU-Fraktion. Statt der Bestrafung von Hausbesetzern fordert sie die Verfolgung von Wuchermieten. „Das Verhalten der CDU gegenüber der Hausbesetzung in der Kronenstraße verwundert mich sehr“, sagte Linke-Stadträtin Gitta Rosenkranz zur jüngsten, im Tagblatt verbreiteten Verlautbarung der CDU-Fraktion. Die Menschen hätten aus der Not heraus gehandelt. Viele Menschen fänden keine Wohnung in Tübingen oder zahlten die Hälfte ihres Einkommens und mehr für ihr Zimmer oder ihre Wohnung. „Wenn die Tübinger CDU fordert: „die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dürfe ausschließlich auf dem Boden von Recht und Gesetz erfolgen“, stellt sich mir schon die Frage, wo denn die CDU ist, wenn Vermieter mit Wuchermieten die Mietpreisbremse oder das Wirtschaftsstrafgesetz brechen?

Wir werden hier mehr Arbeitskräfte für die Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten beantragen und freuen uns dabei über eine Unterstützung durch die CDU“, ergänzt ihr Fraktionskollege Tom Besenfelder. Für die Linke-Fraktion ist klar, dass auch das jahrelange Leerstehenlassen der Kronenstraße 3 nicht im Einklang mit Recht und Gesetz gewesen sein kann.

Weiter führt Rosenkranz aus: „Wer soll denn „die Politik“ sein, von der die CDU Verbesserungen fordert? Wir haben detaillierte Vorschläge zur Linderung der Wohnraumnot in Tübingen: Die Verschärfung des Mietwucherparagraphen, die aktuell von der CDU im Bund blockiert wird, würde die ungünstige Verteilung von Wohnraum in Tübingen ebenso verbessern wie eine Verschärfung des Landesgesetzes über das Zweckentfremdungsverbot oder die Erhöhung der Landeswohnraumförderung durch die Landesregierung, in der die CDU ebenfalls mit am Tisch sitzt.“

In Bezug auf die Kronenstraße merkt die Linke-Fraktion an, dass eine Renovierung und Wiedervermietung der Wohnungen durch den Eigentümer zwar begrüßenswert sei, auf dem Wohnungsmarkt in Tübingen aber vor allem bezahlbare Kleinwohnungen und bezahlbare Wohnungen für Familien fehlten. Dass die Stadt Herrn Schwab Sanierungszuschüsse zahlt, und er dann hochpreisige Luxuswohnungen in der Altstadt schafft, würde die Linke nicht mittragen, sondern fordert Stadt und Eigentümer vielmehr auf, dort bezahlbare Wohnungen zu schaffen.

Zahlst DU zu viel Miete und Heizkosten in Tübingen?

Überprüfe Deine Miete jetzt
unter [mietwucher.app](#)



[heizkostencheck.app](#)

Mieten runter!
Illegale Mieten
bekämpfen

Impressum

Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken/Wählervereinigung Tübinger Linke e.V.
V.i.S.d.P. Tom Besenfelder, Metzgergasse 8, 72072 Tübingen, info@tuebingen-linke.de

DGB

**Hart
verdient!**

Deine Arbeit.

Deine Gesundheit.

Deine Rente.

**MACH
DICH
STARK
MIT UNS**

26. SEPTEMBER

**11:55 Uhr, Schlossplatz
Stuttgart**

Alle Infos



EVG



GEW

